

## TAGUNGEN

### Internationale Tagung der Sozialakademie

Ein Thema von hoher Aktualität stellte die diesjährige Internationale Tagung der Sozialakademie Dortmund zur Diskussion: *Möglichkeiten und Wege zu einer europäischen Wirtschaftsverfassung*. Diese Themenstellung erforderte von den Referenten die Darstellung von Grundsatzfragen. Einheitliche Ergebnisse konnten daher nicht erwartet werden. Allerdings hatte die Leitung der Akademie mit gutem Gespür (und einigem Glück) Referenten mit den Vorträgen betraut, die sich nicht nur den schwierigen Sachfragen gewachsen zeigten, sondern auch noch darüber hinaus einprägsam — ja manchmal geradezu brillant — zu formulieren verstanden.

Außerdem waren die Vortragsthemen geschickt ausgewählt und koordiniert. Sie gingen von allgemeinen Fragen der EWG aus, behandelten dann einzelne Länder — einschließlich Österreich und Großbritannien — unter dem Aspekt des Gemeinsamen Marktes, bezogen schließlich auch den Ostblock in die Betrachtung mit ein, um zum Schluß dann noch europäische Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsverfassung aus der Sicht der Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu beurteilen. Ein abgerundetes Bild also, das hier in Dortmund von den Möglichkeiten und Wegen zu einer europäischen Wirtschaftsverfassung entworfen wurde.

#### *Europa als Aufgabe*

Bereits im einführenden Referat von Prof. Dr. Müller-Armack, Köln, „Europa, unsere

Aufgabe“, wurden die Schwierigkeiten aufgezeigt, die zur Zeit einer politischen Union in Europa noch entgegenstehen. Allerdings sei die wirtschaftliche Integration ein erster Schritt auch zur politischen Gemeinschaft, meinte Müller-Armack. Im übrigen böten sich drei große Bereiche an, in denen Aktionen möglich seien: Der innere Ausbau der EWG; die Verbesserung des Verhältnisses zur EFTA (Freihandelszone) und eine Intensivierung der Atlantischen Partnerschaft.

Großes Gewicht maß der ehemalige Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium der Stabilität der Währung zu. Eine Organisation zur Erhaltung des Währungsgleichgewichts müsse eingeschaltet werden, denn Ungleichgewichte in Italien, Frankreich und Holland gefährdeten auch unsere Währung. Müller-Armack sprach sich dann ebenso gegen eine langfristige Programmierung für die EWG aus wie gegen die „mittelfristige Wirtschaftspolitik“. Man solle uns nicht die Planifikation aufreden.

#### *Elemente der Planung sind notwendig*

Den Laisser-aller-Thesen Müller-Armacks stimmten indes eine ganze Reihe von Referenten nicht zu. So sagte Dr. *Harm ter Heide*, Niederlande: „Einer der Gründe, warum es bei der Koordinierung der Wirtschaftspolitik Schwierigkeiten gibt, sind die sehr unterschiedlichen Auffassungen der Mitgliedstaaten, von ‚sozialer Marktwirtschaft‘ bis zur ‚economie concertée‘. Doch scheint es möglich, diese Auffassungen auf einen Nenner zu bringen, wenn das Stadium der Grundsatzdiskussionen einmal vorüber ist. Man muß allerdings anerkennen, daß Elemente der Planung in einer modernen Wirtschaftspolitik notwendig sind, weil die Planung nur die systematische Durchführung der Wirtschaftspolitik ist.“

Harm ter Heide hält nicht allzuviel von dem Kompromiß zwischen den französischen und deutschen Ideen, der seinen Niederschlag fand in den Vorschlägen der EWG-Kommission für die mittelfristige Wirtschaftspolitik. Hierbei würden die Prognosen beschränkt auf die traditionellen Gebiete der Regierungspolitik: Wohnungsbau, Agrarpolitik und Verkehrspolitik. Auch werde die Prognose den Experten überlassen und verliere dadurch den Charakter einer Zielsetzung. Und er kritisierte weiter, „daß das Problem der Beziehungen zwischen Staat und Privatwirtschaft kaum berührt wird. In einer freiheitlich gestalteten Wirtschaft wie der EWG liegt die Lenkung der Wirtschaft nicht nur bei dem Staat, sondern zum größten Teil bei der Privatwirtschaft und ihren Organisationen, insbesondere bei den Unternehmen und Gewerkschaften . . . ein Programm (kann) nur fruchtbar sein, wenn bei der Aufstellung die großen Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens mit einbezogen werden.“ Außerdem forderte Harm ter Heide mehr Einfluß der Institutionen der Gemeinschaft auf die Entwicklung der Wirtschaftspolitik, vor allem für die Kommission und das Europäische Parlament. Für die Kommission sei ein gut ausgerüstetes Planungsamt erforderlich; das Europäische Parlament sollte nicht nur beratend sondern entscheidend mitwirken.

In seinem Vortrag „Frankreichs Wirtschaftspolitik und die EWG“ formulierte *Günther Einert*, Iserlohn, sehr pointiert an die Adresse der marktwirtschaftlichen Dogmatiker: „Die Franzosen versuchen, die Herausforderung des Ostens nicht einfach mit dem Hinweis auf die Überlegenheit der Marktwirtschaft abzutun, sondern bemühen sich um eine optimale Koordinierung der Produktionsfaktoren. Die weitgehende Nachahmung der französischen Ideen durch die Niederlande, Belgien, Italien, Großbritannien und die EWG-Kommission läßt eine ideologische Isolierung der Bundesrepublik befürchten, wenn wir nicht zu ständiger Diskussion und Mitarbeit an den Plänen einer langfristigen sozialen und wirtschaftlichen Orientierung bereit sind.“

#### *Die EWG allein ist nicht Europa*

EFTA und EWG — Österreichs Wirtschaftspolitik und der Gemeinsame Markt, so lautete das Thema, das Dr. *Rupert Zimmermann* vom Bundeskanzleramt, Wien, behandelte. Zimmermann hob hervor, daß Österreich sich als Brückenland zwischen Ost und West verstehe, daß seine Neutralität und seine wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht in Frage gestellt werden dürften. Und er meinte: „EWG und EFTA sollten . . . bloß Vorstufen zu einer gesamteuropäischen demokratischen Lösung sein, in der die kleinen Staaten nicht zu Pro-

vinzen degradiert werden. Der Inhalt des Vertrages von Stockholm wäre nach österreichischer Ansicht besser geeignet als der Rom-Vertrag, eine gesamteuropäische Willensbildung auf freiwilliger demokratischer Basis zu erreichen, während der Vollzug nach dem Muster der EWG vor sich gehen könnte.“ Nach wie vor allerdings wünsche Österreich eine Assoziierung mit der EWG, die aber Österreichs berechnete Forderungen nach Sonderregelungen berücksichtigen müßte.

#### *Einzig Konstante ist die Beschleunigung der Veränderungen*

Englands Beitritt zur EWG ist in absehbarer Zeit kaum zu erwarten, das war das äußerst skeptische Resümee von Prof. *U. W. Kitzinger*, Oxford, aus seinem Vortrag: Großbritannien und Europa nach Brüssel. Im übrigen lasse der in den letzten achtzig Jahren überaus stark angestiegene technische Fortschritt die Vermutung zu, daß die Beschleunigung der Veränderungen die einzige Konstante der Zukunft sein werde. Diesen Veränderungen unterliegen auch wirtschaftliche und politische Verfassungen. Das heutige Modell der EWG entspreche bereits jetzt nicht mehr den Bedingungen der Weltwirtschaft. So müsse denn Englands Beitritt begründet sein auf einer allgemeinen Politik, die den Konflikt zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten berücksichtige und die eines Tages auch Osteuropa einbeziehen könne. Kitzinger schloß: „Regionale Zusammenschlüsse sind nicht nur der Dialektik der Intensität, sondern auch der Dialektik der Extensität unterworfen. Und so wird die Entwicklung eines Tages einer größeren Lösung zudrängen.“

#### *Wandel durch Handel*

Schritt um Schritt und Zug für Zug sollten in diese größere Lösung auch die Ostblockstaaten einbezogen werden, so forderte es Prof. Dr. *Erik Böttcher* von der Universität Münster in seinem Referat: Die Integrationsbemühungen im Ostblock und deren Konsequenzen für EWG und Weltwirtschaft. Insbesondere den kleinen Partnerländern des COMECON läge daran, durch eine Ausweitung des Westhandels von Moskau unabhängiger zu werden. Böttcher vertrat die Ansicht, daß die einzige Chance, den Ostblock aufzulockern und Liberalisierungstendenzen zu fördern, zur Zeit durch eine aktive Osthandelspolitik zu erreichen sei.

#### *Sozialpolitik als Erziehungsinstitution?*

Am letzten Abend der einwöchigen Tagung gaben dann Dr. *Herbert Zigan*, Hauptgeschäftsführer der metallindustriellen Arbeitgeberverbände und der Landesvereinigung der

Arbeitgeberverbände in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, und Dr. *Markmann* vom WWI — in Vertretung des erkrankten *Wilhelm Haferkamp*, Mitglied des Bundesvorstandes des DGB — Stellungnahmen ab zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsverfassung in der EWG aus ihrer Sicht.

Dr. Zigan engagierte sich dabei insbesondere für eine stabile Währungspolitik, widersprach jeglicher Planungsinstitution im EWG-Bereich und ließ lediglich in gewissem Rahmen Vorausschau gelten. Bei der Sozialpolitik auf europäischer Ebene lehnte er entschieden die Angleichung der Leistungen auf das jeweils höchste Niveau ab. In diesem Zusammenhang propagierte Dr. Zigan dann wieder einmal die Selbstverantwortung und Selbstbestimmung der Arbeitnehmer. Er verstand darunter selbstverständlich nicht den Ausbau der Mitbestimmung, sondern die individuelle Vorsorge für soziale Risiken. Dabei schreckte er auch nicht davor zurück, steigende Sozialleistungen mit zunehmender „geistiger Verarmung“ in Zusammenhang zu bringen.

#### *DGB zur Mitverantwortung bereit*

Sehr präzise formulierte dann Dr. *Markmann* vom WWI — nach einem Entwurf von *Wilhelm Haferkamp* — die Vorstellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dr. *Markmann* sagte u. a.:

„Eine europäische Wirtschaftsverfassung . . . muß ohne Einschränkung nach den Prinzipien der parlamentarischen Demokratie errichtet werden. Sie muß beruhen auf einem ausgewogenen Verhältnis von Wettbewerb und Planung; sie muß im Dienste des Gemeinwohls und damit der sozialen Gerechtigkeit stehen und darf nicht Einzelinteressen unterworfen werden . . .

Ideologischen Vorbehalten der Bundesregierung gegenüber Koordinierung, Vorausschau und zielgerichtetem Handeln in der Wirtschaftspolitik stehen die konstruktiven Vorschläge der EWG-Kommission gegenüber. Die Harmonisierung von sechs Nationalwirtschaften und die Errichtung des Gemeinsamen Marktes sind ohne Präsenz des Staates nicht zu erreichen.

Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der EWG-Kommission sind, ebenso wie die des DGB, auf eine gemischte Wirtschaftsordnung gerichtet.

Die Gewerkschaften werden als Europäer der ersten Stunde die Entwicklung der Gemeinschaft auch weiterhin fördern. Sie sind bereit, an der Gestaltung einer europäischen Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik verantwortlich mitzuwirken. Dies setzt jedoch die Möglichkeit der Mitbestimmung voraus. Bloße Konsultation genügt nicht.“

*Günther Heyder*